

# Härtere Zeiten, andere Saiten

## Stadtverordnete wollen Gefahrenabwehrsatzung

(Bruchköbel/jgd) – Angesichts anhaltender Probleme sollen in Bruchköbel demnächst andere Saiten aufgezogen werden. Auf einen Antrag der CDU hin hat die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, eine „Gefahrenabwehrverordnung“ einzuführen. Die Gründe für diesen Schritt erläuterte Katja Lauterbach (CDU). Aufgrund zahlreicher Vorfälle am Rande von Festen, der „anhaltenden negativen Zustände“, des Vandalismus rund um das Rathaus sowie auf dem Parkdeck am Inneren Ring sei es geboten, eine solche Verordnung zu beschließen, so die stellver-

tretende Fraktionssprecherin. Ebenfalls im Fokus der CDU ist der Alkoholkonsum von Jugendlichen. Mit der neuen Satzung im Rücken, könne die Stadt etwa „konkrete Platzverweise und Alkoholverbote“ aussprechen. Die Einführung einer Gefahrenabwehrsatzung solle dabei ein „ergänzender Baustein“ zur Herstellung von Sicherheit und im Sinne einer Prävention sein. Insbesondere Bürgermeister Günter Maibach war das Thema ein Anliegen. Beim letzten Altstadtfest hätten „hunderte Jugendliche“ vor dem Rewe herumgelungert, hätten „Kampfrinken“ ver-

anstaltet, auch sei randaliert und seien Passanten angepöbelt worden. Auch an anderer Stelle in Bruchköbel gebe es Probleme. So sei in Roßdorf ein Reh durch freilaufende Hunde zu Tode gehetzt worden. Es müssten nunmehr Vor-aussatzungen geschaffen werden, „damit wir hier agieren können“, so der Bürgermeister. Dem Antrag zollte auch die SPD Anerkennung. Deren Fraktionssprecher Perry von Wittich sagte zwar, dass man innerhalb der SPD sehr kontrovers über die CDU-Vorlage diskutiert habe, man sehe aber letztlich die Notwendigkeit da-

für. Eine Gegenrede zu dem Antrag kam nur aus den Reihen des Bürgerbundes BBB, diese aber in deutlicher Form. BBB-Sprecher Alexander Rabold seziierte den Antrag als reinen „Schaufensterantrag“. In letzter Zeit, so Rabold, würde Bruchköbel in Stellungnahmen der anderen Parteien immer wieder so dargestellt, als sei die Stadt völlig überschuldet und als herrsche eine „Kriminalität wie in Chicago“ vor. Solcherart anhaltend negative Zustände entsprächen nicht seiner eigenen Wahrnehmung vom Leben in der Stadt. Die Stadt benötige die vorgeschlagene Gefahrenabwehrsatzung auch aus formalen Gründen nicht, denn eine solche Satzung könne gemäß übergeordnetem Recht nur gegenüber „abstrakten“ Gefahren eingeführt werden. Gegen Vorfälle wie Schlägereien, das Einwerfen von Scheiben

usw. gebe es auch jetzt schon geltende Rechtsmittel. Keine von den Gefahren, die die CDU ins Feld geführt habe, sei als „abstrakt“ zu bezeichnen. Wie, zum Beispiel, wolle man denn ein Alkoholverbot durchsetzen, wenn etwa wieder Altstadtfest sei? Rabold sagte, es sei mit Spannung zu betrachten, wie sich die liberale FDP, Grüne und die SPD gegenüber einem Antrag „verbiegen“ würden, der der sonstigen Politik dieser Parteien diametral entgegenlaufe. Perry von Wittich entgegnete, dass sich die SPD hierbei nicht verbiegen müsse, sondern die Maßnahme als Baustein im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen zu sehen sei, wobei er auf die jüngst beschlossene Einführung eines Präventivrates anspielte. Schließlich verabschiedeten CDU, SPD, Grüne und FDP den Antrag einstimmig gegen die Stimmen des BBB.